



- Beschlusskammer 6 -

Beschluss

(geschwätzte Fassung)

Az: BK6-08-268

In dem Verwaltungsverfahren

aufgrund des Antrags der

Vattenfall Europe Transmission GmbH, Eichenstraße 3 A, 12435 Berlin, vertreten durch die
Geschäftsführung,

Antragsstellerin,

auf Genehmigung von EEG-Reserven zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden Dr. Frank-Peter Hansen,
den Beisitzer Dr. Jochen Patt
und den Beisitzer Jens Lück

am 15.10.2009 beschlossen:

1. Der Vattenfall Europe Transmission GmbH (VE-T) wird befristet bis 31.12.2010 gestattet, im Rahmen der Beschaffungsvorgaben zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises gemäß Tenor zu 4. des Beschlusses BK6-08-226 vom 12.05.2009 den Bedarf an negativer EEG-Reserve regelzonenintern zu binden.
2. Der Widerruf der Regelung zu Ziffer 1 bleibt vorbehalten.
3. Im Übrigen werden die Anträge abgelehnt.

Gründe

I.

In ihrer Funktion als Übertragungsnetzbetreiberin ist die Antragstellerin gemäß § 36 Abs. 1 des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) zur Veredelung und Wälzung der stochastisch geprägten Einspeisung aus nach dem EEG geförderten Anlagen verpflichtet. Hierzu übernimmt die Antragstellerin die durch die EEG-Anlagen im Bereich ihres Übertragungsnetzes eingespeiste Energie und gibt sie anteilig und unverzüglich an die anderen Übertragungsnetzbetreiber entsprechend dem Letztverbraucherabsatz im Bereich deren Übertragungsnetze weiter. Umgekehrt bezieht die Antragstellerin anteilig entsprechend des Letztverbraucherabsatzes im Bereich ihres Übertragungsnetzes Strommengen aus den EEG-Bilanzkreisen der anderen Übertragungsnetzbetreiber. Die Weitergabe der EEG-Strommengen an die Letztverbraucher versorgenden Lieferanten erfolgt derzeit nach dem Branchenkompromiss vom 02.11.2005 über ein im Voraus festgelegtes Monatsband, damit die Lieferanten in der Lage sind, auf der Grundlage planbarer Mengen eine strukturierte Beschaffung durchzuführen. Zur Angleichung der fluktuierenden Einspeisung aus Erneuerbaren Energien an das festgelegte Monatsband beschafft die Antragstellerin Ausgleichsleistung bzw. –energie.

Die Beschlusskammer hat am 12.05.2009 durch Beschluss (Az. BK6-08-226) das Verfahren zur Beschaffung von Ausgleichsleistung bzw. –energie zur Herstellung des EEG-Bandes festgelegt. Die Vorgaben zur Beschaffung waren vor Beschlussfassung öffentlich konsultiert und u. a. im Rahmen eines Workshops am 06.11.2008 mit allen Marktteilnehmern diskutiert und erörtert worden. Gemäß diesen Vorgaben haben Übertragungsnetzbetreiber die zur Herstellung des EEG-Bandes erforderlichen Strommengen grundsätzlich über einen börslich organisierten

Handelsplatz (z. B. EEX) zu beschaffen bzw. zu veräußern. Für den Fall nicht ausreichender Liquidität insbesondere des untertäglichen Spotmarktes hat die Beschlusskammer übergangsweise bis zum 31.12.2010 die Beschaffung einer zusätzlichen Leistungsreserve (EEG-Reserve) mittels Ausschreibung gemäß den Vorgaben des Tenors zu 4. gestattet.

Ferner hat die Beschlusskammer im Interesse der Systemsicherheit in Ziffer 5 des Tenors die Möglichkeit einer Ausnahme von den festgelegten Beschaffungsvorgaben eröffnet:

„Bei nachgewiesenen Einschränkungen der Übertragungskapazitäten, die eine regelzoneninterne Erzeugung bzw. einen regelzoneninternen Verbrauch der im Rahmen der EEG-Bandlieferung zu beschaffenden bzw. zu veräußernden Strommengen erfordern, kann auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiber und nach dessen Bewilligung durch die Bundesnetzagentur von den Vorgaben der vorstehenden Ziffern 1. bis 4. abgewichen werden.“

Diese Vorgabe trägt dem Umstand Rechnung, dass insbesondere im Falle von Kapazitätsrestriktionen im Übertragungsnetz für Übertragungsnetzbetreiber die Notwendigkeit erwachsen kann, in Zeiten hoher Windstromeinspeisung die u. a. durch den EEG-Ausgleich hervorgerufenen teils erheblichen Lastflüsse zu begrenzen, um einer drohenden Überlastung von Betriebsmitteln zu begegnen. Insoweit sollte vor allem bei vermehrt auftretenden regelzonenübergreifenden Überlastungen von Grenzkuppelleitungen zu benachbarten Übertragungsnetzen, z. B. in Zeiten hoher Windeinspeisung, den Übertragungsnetzbetreibern die Möglichkeit gegeben werden, in der jeweils eigenen Regelzone bereitgestellte EEG-Reserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises nutzen zu können, um so eine Überlastung von Grenzkuppelstellen zu vermeiden.

Mit Schriftsatz vom 09.12.2008 hat die Antragstellerin bereits im Vorgriff auf die genannte Festlegung vorsorglich folgende Regelung für die Beschaffung von Reserven für den EEG-Bilanzkreis beantragt:

1. *„VE-T ist berechtigt zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises der VE Transmission positive und negative EEG-Ausgleichsenergie einzusetzen und die hierfür erforderliche Leistung vertraglich zu binden. Die Leistungsvorhaltung für das Jahr 2009 wird in Höhe von 270 MW positiv und 500 MW negativ beantragt. 120 MW davon sind über einen Langfristvertrag abgedeckt, die jeweiligen Restmengen (+ 150 MW und – 380 MW) würden monatlich ausgeschrieben.“*

Die Antragstellerin hat den Antrag unter Punkt 4 auf Seite 7 der Antragschrift dahingehend konkretisiert, dass die

„...negative Reserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises vollständig innerhalb der Regelzone zu binden“

sei. Die Antragstellerin beantragt ferner,

2. *„[...] bei der Ausschreibung von „EEG-Ausgleichsenergie“ bis auf Weiteres die bereits bestehenden Teilnahmebedingungen zur Anwendung bringen zu dürfen“.*

Hinsichtlich ihres Antrags zu 1. führt die Antragstellerin aus, zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises einen Anteil sowohl an positiver als auch an negativer Leistungsreserve in Höhe von jeweils 120 MW auf Basis eines Langfristvertrags [REDACTED]

[REDACTED] in ihrer Regelzone vorzuhalten. Der darüber hinaus gehende Bedarf an EEG-Reserve werde im Wege der Ausschreibung beschafft. Die Vorhaltung dieser vertraglich gebundenen Reserve i. H. v. 120 MW (von der Antragstellerin als „Schnelle Reserve“ bezeichnet) bestehe insbesondere, um zeitlichen Restriktionen börslich organisierter Handelsplätze sowie denen der EEG-Reserve zu begegnen. Der Vertrag ermögliche den Einsatz der zur Verfügung stehenden Leistung mit einem geringen zeitlichen Vorlauf von wenigen Minuten und erlaube somit einen sehr kurzfristigen Ausgleich prognostizierter Bilanzabweichungen. Dadurch würden Ausgleichsenergiekosten für den EEG-Bilanzkreis gespart und die Systemstabilität gestützt.

[REDACTED] betrachte die Antragstellerin Vorgaben zur Ausschreibung als kontraproduktiv, da dadurch ein langfristiger nachweislich kostengünstiger Vertrag aufgelöst werden müsste. Der Kostenvorteil der „Schnellen Reserve“ gegenüber der Inanspruchnahme von Bilanzausgleichsenergie habe ausweislich der von der Antragstellerin durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnung im Jahr 2008 2,17 Mio. Euro betragen; die Kosten für die „Schnelle Reserve“ seien damit deutlich überkompensiert worden.

Aus Sicht der Antragstellerin sei darüber hinaus mit Blick auf die Systemsicherheit die Genehmigung eines Kernanteils für die negative EEG-Reserve unabdingbar. Das kontinuierliche Anwachsen der Einspeisungen aus Windkraftanlagen und der daraus folgende Transportbedarf der Windstrommengen über die limitierten Leitungskapazitäten aus dem Netz der Antragstellerin heraus würden zunehmend den Einsatz von Engpass

vermeidenden Maßnahmen nach § 13 Abs. 1 EnWG erfordern. Zu diesen Maßnahmen zählen die Instrumente Countertrading¹, Redispatch² konventioneller Kraftwerke, die Inanspruchnahme der Hilfe der übrigen Übertragungsnetzbetreiber durch den zeitlich beschränkten Einsatz der für diese in der Regelzone der Antragstellerin vorgehaltenen negativen Regelleistung sowie auch die regelzoneninterne Vermarktung von EEG-Strommengen zum Bilanzausgleich. Die Anzahl und die Leistungsdaten dieser Maßnahmen dokumentiere die Antragstellerin regelmäßig in monatlichen Berichten an die Bundesnetzagentur.

Die dargestellte Netzsituation sei auch für die Vorhaltung von Reserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises von Bedeutung. Insbesondere zu Zeiten starker Windstromeinspeisung, in denen negative EEG-Reserve eingesetzt werde, seien kritische Netzzustände festzustellen, die beherrscht werden müssen. Die Erbringung negativer EEG-Reserve außerhalb der Regelzone der Antragstellerin hätte eine zusätzliche Belastung der ohnehin schon stark belasteten Kuppelleitungen zu transpower stromübertragungs gmbh zu Folge. Aus diesem Grund sei negative Reserve zum EEG-Bilanzausgleich vollständig regelzonenintern zu binden.

Der gegenständliche Antrag korrespondiere zudem mit dem Antrag vom 04.12.2009 auf Verlängerung der Sonderregelung zur regelzoneninternen Bindung negativer Sekundärregelleistung (vgl. BK6-08-266); insoweit werde auf die dortigen Ausführungen, insbesondere zum Aspekt der dauerhaften Engpassbeseitigung durch Leitungsbau, verwiesen.

Die Beschlusskammer hat die Einleitung des Verfahrens im Amtsblatt 7/2009 vom 22.04.2009 (Mitteilung 262/2009) und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben. Gemäß § 55 Abs. 1 Satz 2 EnWG hat die Bundesnetzagentur die zuständige Landesregulierungsbehörde mit Schreiben vom 27.03.2009 über die Einleitung des Verfahrens informiert. Mit Übersendung des Beschlussentwurfs am 27.08.2009 wurde dem Bundeskartellamt und der zuständigen Landesregulierungsbehörde gemäß § 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

¹ *Countertrading* bezeichnet ein regelzonenübergreifendes Handelsgeschäft, bei dem auf der Seite des Engpasses mit dem Erzeugungsüberschuss Strom verkauft wird. Die verkaufte Strommenge wird auf der anderen Seite des Engpasses ebenfalls per Handelsgeschäft zugekauft, so dass ein dem Engpass entgegen gerichteter und damit ein den Engpass entlastender Leistungsfluss entsteht.

² *Redispatch* bezeichnet den (vertraglich unterlegten) Eingriff eines Übertragungsnetzbetreibers in die Fahrweise der Kraftwerke zur Entlastung von Engpässen. In Analogie zum *Countertrading* weist der ÜNB auf der Seite des Engpasses mit dem Erzeugungsüberschuss ein oder mehrere Kraftwerke zur Reduzierung ihrer Einspeiseleistung auf. Gleichzeitig weist der Übertragungsnetzbetreiber ein oder mehrere Kraftwerke auf der anderen Seite des Engpasses zur Steigerung der eingespeisten Leistung auf. Die Abrechnung erfolgt kostenbasiert.

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Sachverhalt wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Die Entscheidung beruht auf §§ 29 Abs. 1 EnWG, 27 Abs. 1 Nr. 5 StromNZV i. V. m. §§ 22 EnWG, 11 StromNZV.

1. Die vorliegenden Anträge betreffen u. a. Punkte, die aufgrund der Festlegung zum EEG-Bilanzausgleich BK6-08-226 vom 12.05.2009 inzwischen gegenstandslos geworden sind. Dies betrifft im Antrag zu 1. zum einen die begehrte Zustimmung zur vertraglich gebundenen Vorhaltung positiver und negativer EEG-Ausgleichsleistung und deren Einsatz sowie zum anderen die begehrte Zustimmung zur Höhe der vorgehaltenen EEG-Ausgleichsleistung von 270 MW positiv und 500 MW negativ für das Jahr 2009. Mit Tenor zu 4. des o. g . Beschlusses hat die Beschlusskammer den Übertragungsnetzbetreibern die Vorhaltung einer Leistungsreserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises zugestanden. Eines gesonderten Antrags auf Vorhaltung von EEG-Reserve zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises bedarf es demnach also nicht. Gleiches gilt für die begehrte Zustimmung zur beantragten Höhe der vorgehaltenen EEG-Reserveleistung. Die Beschlusskammer hat auf konkrete Vorgaben zu deren Höhe bewusst verzichtet, um dies einer sachgerechten Entscheidung der Übertragungsnetzbetreiber zu überlassen.

Den Antrag zu 1. legt die Beschlusskammer vor diesem Hintergrund daher dahingehend aus, dass die Antragstellerin Ausnahmegenehmigungen gemäß Ziffer 5 des Beschlusses BK6-08-226 zum einen für die bestehende, über einen Langfristvertrag [REDACTED] bezogene regelzoneninterne Vorhaltung von jeweils 120 MW positiver wie negativer EEG-Reserve sowie zum anderen für einen sog. Kernanteil bei der negativen EEG-Reserve begehrt. Zwar wurde der Antrag zeitlich einige Monate vor der Festlegung zum EEG-Bilanzausgleich gestellt. Die wesentlichen Inhalte der Festlegung – und hierzu zählt auch die Möglichkeit von Kernanteilen bei der EEG-Reserve bei eingeschränkten Übertragungskapazitäten auf Antrag und nach Bewilligung durch die Bundesnetzagentur – wurden jedoch bereits im Rahmen eines in einem Workshop am 06.11.2008 vorgestellten Eckpunktepapiers präsentiert. Da die Antragstellerin ihren Antrag auch nach Inkrafttreten der

Festlegung BK6-08-226 nicht zurückgenommen hat und sie in Gesprächen mit der Bundesnetzagentur das unveränderte Fortbestehen der dem Antrag zu Grunde liegenden Problematik vorgetragen hat, interpretiert die Beschlusskammer den Willen der Antragstellerin dahingehend, den Antrag als einen Antrag gemäß Tenor zu 5. des Beschlusses BK6-08-226 aufzufassen.

Auch die im Antrag zu 2. begehrte Weiterführung ihrer bisher bestehenden Teilnahme- bzw. Ausschreibungsbedingungen für EEG-Reserve bedarf keiner expliziten behördlichen Zustimmung, wenn die Teilnahme- bzw. Ausschreibungsbedingungen mit den Vorgaben aus Ziffer 4 des Tenors zur Beschaffung von EEG-Reserve im Einklang sind. Da die Antragstellerin im Laufe des Verfahrens nicht vorgetragen hat, von den Vorgaben aus Ziffer 4 abweichen zu wollen, ist eine behördliche Genehmigung ihrer Teilnahmebedingungen daher nicht erforderlich. Den Antrag zu 2. betrachtet die Beschlusskammer damit als gegenstandslos.

2. Die von der Antragstellerin getätigten Angaben und zur Verfügung gestellten Informationen lassen erkennen, dass eine von temporären Kapazitätsengpässen geprägte Netzsituation insbesondere an den Grenzkuppelleitungen zum Nachbar-Übertragungsnetz der transpower stromübertragungs gmbh besteht.

a) Bereits im Festlegungsverfahren zur Ausschreibung von Sekundärregelenergie (Az. BK-06-066) hatte die Antragstellerin bezüglich der Notwendigkeit eines Kernanteils überzeugend dargetan, dass im Hinblick auf ihre Netzsituation und Transportaufgaben relevante Unterschiede zu den übrigen deutschen Übertragungsnetzen bestehen. Die Regelzone der Antragstellerin ist durch einen sehr hohen Anteil von Windstromeinspeisungen nach dem EEG bei gleichzeitig geringer regelzoneninterner Energieabnahme geprägt, woraus ein großer Stromtransportbedarf aus der Regelzone der Antragstellerin heraus resultiert. Ferner bestehen eingeschränkte Transportkapazitäten insbesondere an den Verbundkuppelstellen zu benachbarten Übertragungsnetzen und sich daraus ergebende Engpässe und Handlungseinschränkungen (vgl. BK6-06-066 zu 2.2.5.4. lit. a).

Eine dauerhafte Behebung der bestehenden Engpässe an der Regelzonengrenze der Antragstellerin zu dem Nachbar-Übertragungsnetzbetreiber transpower stromübertragungs gmbh ist nur durch den Ausbau von Kuppelleitungen zu erzielen. Diesbezüglich betreibt die Antragstellerin mehrere Leitungsbauprojekte (Südwestkuppelleitung Halle – Schweinfurt, Nordleitung Hamburg – Schwerin), deren Abschluss in einigen Teilen aufgrund von Inakzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung stark verzögert ist. Nach dem der Beschlusskammer vorliegenden 6. Quartalsbericht zum Stand der Umsetzungen der Netzausbaumaßnahmen

gemäß Netzausbauplanungsbericht 2008 der Antragstellerin vom 30.06.2009 ist bei optimistischster Betrachtung eine Inbetriebnahme erst in 04/2011 bzw. 09/2010 erreichbar.

b) Die regelzoneninterne Vorhaltung negativer EEG-Reserve (Kernanteil) zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises ist zuzulassen, um drohende Überlastungssituationen nicht weiter zu verschärfen bzw. Engpass entlastenden Maßnahmen nicht entgegen zu wirken.

Bei der EEG-Reserve handelt sich um eine Leistungsvorhaltung zur Abdeckung von vorübergehenden Illiquiditäten des börslichen Intraday-Handels. Die EEG-Reserve ist somit ein Instrument zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises. Grundsätzlich gibt es bei der EEG-Reserve keine Einschränkungen in Bezug auf den Erbringungsort oder die Erbringungsregelzone.

Bei der regulären regelzonenübergreifenden Vorhaltung können sich daher beim Abruf von EEG-Reserve Leistungsflüsse einstellen, die eine bereits bestehende Engpasssituation verschärfen. Dieser Fall kann eintreten, wenn die im Rahmen des Abrufs negativer EEG-Reserve herunterzufahrenden technischen Anlagen auf der Seite des Engpasses mit dem Erzeugungsmangel liegen. Ein solcher Fall wäre vorliegend gegeben, wenn die Antragstellerin bei drohenden Überlastungssituationen an der Regelzonengrenze zu transpower stromübertragungs gmbh zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises negative EEG-Reserve in den Regelzonen der Amprion GmbH, der EnBW Transportnetze AG oder der transpower stromübertragungs gmbh abrufen müsste. Ein zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises erforderlicher Abruf in diesen Regelzonen würde den zur Engpassbehebung eingesetzten Gegenmaßnahmen wie z. B. Redispatch, Countertrading oder der regelzoneninternen Vermarktung von EEG-Strommengen entgegen wirken und damit den Effekt dieser Maßnahmen schwächen oder im schlimmsten Fall sogar überkompensieren. Die drohende Überlastungssituation würde sich in diesem Fall noch verschärfen. Dies kann dadurch verhindert werden, indem die negative EEG-Reserve regelzonenintern vorgehalten wird. Eine Verschärfung bestehender temporärer Engpässe ist dann nicht mehr möglich, da die herunterzufahrenden technischen Anlagen in der Regelzone der Antragstellerin liegen.

Durch die Beschränkung der Vorhaltung der negativen EEG-Reserve auf die Regelzone der Antragstellerin ist auch keine Verteuerung der Vorhaltekosten der EEG-Reserve zu erwarten. Ein Vergleich mit den Kosten der EEG-Reservevorhaltung der Amprion GmbH, welche EEG-Reserve wie die Antragstellerin bereits seit Anfang 2007 vorhält und welche im Gegensatz zur Antragstellerin die EEG-Reserve regelzonenübergreifend ausschreibt, lässt keinen Kostennachteil durch die Beschränkung der Ausschreibung auf die Regelzone der Antragstellerin erkennen. Für eine regelzoneninterne Bindung der negativen EEG-Reserve spricht auch, dass anstelle von Kosten verursachenden Redispatch- oder

Countertradingmaßnahmen zur Entschärfung drohender Überlastungssituationen in der Regel Erlöse durch den Abruf der negativen EEG-Reserve erzielt werden.

c) Die Beschlusskammer hat die Ausnahmeregelung bezüglich des Kernanteils für negative EEG-Reserve bis zum 31.12.2010 befristet, da nach Ziffer 4 lit. g der Festlegung zum EEG-Ausgleich BK6-08-226 die Vorhaltung von EEG-Reserve nur bis längstens zu diesem Datum zugelassen ist.

3. Vor dem Hintergrund des Inkrafttretens der Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus (AusglMechV) am 01.01.2010, welche die Übertragungsnetzbetreiber gemäß § 2 verpflichtet, die Vermarktung von nach dem EEG abgenommener und vergüteter Strommengen an der Strombörse vorzunehmen, hat die Beschlusskammer die Genehmigung der Ausnahmeregelung in Ziffer 1 des Tenors unter den Vorbehalt des Widerrufs gestellt.

4. Die von der Antragstellerin dargelegten Gründe rechtfertigen nicht die Genehmigung einer Ausnahmeregelung zur Beschaffung von EEG-Reserve i. S. v. Ziffer 5 des Beschlusses BK6-08-226, die es ihr gestattet, abweichend von den Beschaffungsvorgaben des Tenors zu 4. des genannten Beschlusses positive wie auch negative EEG-Reserve in Höhe von jeweils 120 MW auf Basis eines Langfristvertrages [REDACTED] in Form von „Schneller Reserve“ vorzuhalten.

a) Insbesondere fehlt es an der technischen Notwendigkeit dieser verfahrensgegenständlichen Reservevorhaltung im Hinblick auf die Vermeidung einer Überlastung der Grenzkuppelstellen der Antragstellerin zum benachbarten Übertragungsnetzbetreiber transpower stromübertragungs gmbh.

Ausweislich der Begründung des Beschlusses BK6-08-226 zur Gewährung einer Ausnahmeregelung bezüglich der regelzoneninternen Beschaffung bzw. Vermarktung von EEG-Ausgleichsenergie sowie EEG-Reserve muss die technische Notwendigkeit der entsprechenden Beschaffungs- bzw. Vermarktungsmaßnahme gegeben sein. Deren technische Notwendigkeit ist dabei insbesondere im Hinblick auf eine Engpass vermeidende oder entlastende Wirkung in dem nachweislich durch Kapazitätsrestriktionen gekennzeichneten Netz des Übertragungsnetzbetreibers zu beurteilen.

Wie bereits unter 2. ausgeführt, bestehen für das Netz der Antragstellerin zwar regelzonenübergreifende Einschränkungen der Transportkapazität auf den Grenzkuppelleitungen zum Nachbar-Übertragungsnetzbetreiber transpower stromübertragungs

gmbh, jedoch ist die technische Notwendigkeit der von der Antragstellerin vorgenommenen Vorhaltung „Schneller Reserve“ im Sinne der Vorbeugung oder Besorgung von Engpässen nicht gegeben.

Bereits nach eigenem Vortrag der Antragstellerin erfolgt die Beschaffung dieser „Schnellen Reserve“ vornehmlich mit dem Ziel eines kurzfristigen EEG-Bilanzausgleichs, unter Umgehung der zeitlichen Restriktionen der EEG-Reserve oder des börslichen Handels, um Einsparungen bei den Ausgleichsenergiekosten zu generieren. Der Einsatz der „Schnellen Reserve“ dient also im Wesentlichen zum Ausgleich des EEG-Bilanzkreises und nicht zur Entschärfung drohender Überlastungen von Grenzkuppelleitungen zum Netz der transpower stromübertragungs gmbh.

Bei detaillierter Betrachtung der verfahrensgegenständlichen Reservevorhaltung ist der Antragstellerin zwar hinsichtlich des negativen Anteils der „Schnellen Reserve“ zuzugestehen, dass durch dessen regelzoneninterne Bereitstellung eine zusätzliche Belastung der mit temporären Engpässen behafteten Grenzkuppelleitungen vermieden werden kann. Diesem Umstand hat die Beschlusskammer jedoch bereits mit der Gewährung eines Kernanteils bei der Ausschreibung negativer EEG-Reserve gemäß Ziffer 1 des Tenors Rechnung getragen. Dass die regelzonenintern vorgehaltene EEG-Reserve besonders schnell zur Vermeidung von Engpässen erbracht werden muss und dass es daher der Vorhaltung von „Schneller Reserve“ zwingend bedarf, hat die Antragstellerin jedoch nicht vorgetragen.

Für den positiven Anteil der „Schnellen Reserve“ ist die Erforderlichkeit der regelzoneninternen Vorhaltung zur Vermeidung von Leitungsüberlastungen schon offensichtlich nicht gegeben. Denn nur soweit positive, außerhalb der Regelzone der Antragstellerin vorgehaltene Reserve in Anspruch genommen werden würde, stellten sich Lastflüsse in die Regelzone der Antragstellerin hinein ein, die in Zeiten hoher Windstromeinspeisung einer Überlastung der Grenzkuppelleitungen entgegenwirken könnten. Sie wären gegen den Leitungsengpass gerichtet und könnten diesen damit entlasten. Zum Zwecke der Entlastung der Grenzkuppelleitungen in Zeiten hoher Windstromeinspeisung wäre also die regelzonenexterne, und nicht die regelzoneninterne Vorhaltung von positiver Reserve geboten. Auch vor diesem Hintergrund besteht für eine regelzonenintern vorgehaltene positive Reserve grundsätzlich kein Raum.

b) Auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte kommt eine Genehmigung der regelzoneninternen Vorhaltung von EEG-Reserve in Form von sogenannter „Schneller Reserve“ jenseits der Vorgaben zur Reserveausschreibung nicht in Betracht.

Die Antragstellerin verweist auf wirtschaftliche Vorteile durch Einsparungen (2,17 Mio. Euro im Jahr 2008) gegenüber der ansonsten unvermeidlichen Inanspruchnahme von Ausgleichsenergie auf Basis eines von ihr vorgenommenen Kostenvergleichs. Dieser dargestellte ökonomische Vorteil ist jedoch angesichts der aktuellen Entwicklung bei den der Bilanzkreisabrechnung

zugrunde gelegten Ausgleichsenergiepreisen zu relativieren. Während der Ausgleichsenergiepreis in der Regelzone der Antragstellerin im Jahr 2008 im Mittel ca. 50 Euro/MWh betrug, war in der 1. Jahreshälfte 2009 ein mittlerer Ausgleichsenergiepreis von nur ca. 17 Euro/MWh zu verzeichnen. Der Rückgang dürfte u. a. auf die im Dezember 2008 eingeführte gemeinsame Ausregelung der Übertragungsnetze von EnBW Transportnetze AG, transpower stromübertragungs gmbh und dem Übertragungsnetz der Antragstellerin im Rahmen der Einrichtung des sog. Netzregelverbundes zurückzuführen sein. Durch die Einrichtung des Netzregelverbundes reduziert sich der Einsatz von Regelenergie nachhaltig und damit einhergehend dessen Kosten. Daraus resultieren letztlich reduzierte Ausgleichsenergiekosten, so dass die von der Antragstellerin in ihrer Vergleichsrechnung zu Grunde gelegten Ausgleichsenergiepreise als zu hoch angesehen werden müssen. Der bis Einführung des Netzregelverbundes möglicherweise existierende wirtschaftliche Vorteil der per Langfristvertrag vorgehaltenen „Schnellen Reserve“ kann ab Einführung des Netzregelverbundes nicht mehr als gegeben unterstellt werden. Im Gegenteil: Es ist zu erwarten, dass die Vorhaltung der „Schnellen Reserve“ nunmehr sogar teurer als die Inanspruchnahme von Ausgleichsenergie ist. Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass damit nicht der leichtfertigen Inanspruchnahme von Ausgleichsenergie das Wort geredet, sondern lediglich die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Antragstellerin als nicht zutreffend dargelegt werden soll.

Insgesamt ist daher festzustellen, dass für eine Fortführung der bisherigen Praxis der Antragstellerin betreffend die teilweise Vorhaltung von EEG-Reserve in Form „Schneller Reserve“ auf Basis einer bilateralen Vereinbarung [REDACTED] kein Raum besteht. Insoweit ist die Genehmigung einer diesbezüglichen Ausnahmeregelung gemäß Tenor zu 5. des Beschlusses BK6-08-226 vom 12.05.2009 zu versagen und der diesbezügliche Antrag abzulehnen.

5. Der Antrag zu 2. war abzulehnen, da ein Bedürfnis für eine solche Gestattung nicht mehr besteht. Wie bereits ausgeführt bedarf die begehrte Weiterführung ihrer bisher bestehenden Teilnahme- bzw. Ausschreibungsbedingungen für EEG-Reserve keiner expliziten behördlichen Zustimmung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Dr. Frank-Peter Hansen
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer